

**„Dümmste Energiepolitik der Welt“ beenden –
München sagt: „ Atomkraft – Ja, bitte“**

Antrag Nr. 20-26 / A 02386 von der AfD-Stadtratsgruppe
vom 13.02.2022

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07028

Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 18.10.2022 (SB)
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht
zur beiliegenden Beschlussvorlage

Anlass	Antrag Nr. 20-26 / A 02386 von der AfD-Stadtratsgruppe vom 13.02.2022
Inhalt	In der Vorlage werden die aktuellen rechtlichen Grundlagen zum Atomausstieg sowie der Sachstand zur Forderung an die Stadtwerke München GmbH, dauerhaft Atomkraft als Energiequelle in ihren Energiemix einzubeziehen, dargestellt.
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Entscheidungsvorschlag	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Gesucht werden kann im RIS auch nach	Kernkraft, Kernkraftwerk Isar2, KKI2, Laufzeit, Atomausstieg, Energiemix
Ortsangabe	Kernkraftwerk Isar2

**„Dümmste Energiepolitik der Welt“ beenden –
München sagt: „Atomkraft – Ja, bitte“**

Antrag Nr. 20-26 / A 02386 von der AfD-Stadtratsgruppe
vom 13.02.2022

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07028

1 Anlage

Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 18.10.2022 (SB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die AfD-Stadtratsgruppe hat am 13.02.2022 den als Anlage beigefügten Antrag Nr. 20-26 / A 02386 gestellt, wonach angesichts explodierender Energiekosten der Ausstieg aus der Kernkraft zu revidieren ist. Die Stadtwerke München werden aufgefordert, dauerhaft Atomkraft als Energiequelle in ihren Energiemix einzubeziehen. Zudem solle der Oberbürgermeister gegenüber der Bundesregierung und der Preussen Elektra GmbH den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks „Isar 2“ fordern.

In der Antragsbegründung wird angeführt,

- dass sich die Energiekosten in Deutschland auf einem Höchstwert befinden, was für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland einen ernstzunehmenden Wettbewerbsnachteil darstellt und sich für viele Menschen, gepaart mit steigenden Mieten und Inflation, existenzbedrohlich auswirkt.
- dass die Atomkraft durch die EU-Kommission als nachhaltiger Energieträger anerkannt wurde,
- dass anstelle von Unterstützungsleistungen aufgrund explodierender Energie- und Heizkosten für ausgewählte Gruppen Bedürftiger eine vernünftige Energiepolitik an die Wurzel des Problems geht und für allgemein niedrigere Strompreise sorgt,
- dass oberste Priorität städtischer Energiepolitik die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit kostengünstigem Strom für die Münchner Bürger*innen sein muss bei geringstmöglicher Abhängigkeit aus dem Ausland und
- dass die unzuverlässige Stromversorgung durch die sog. „Erneuerbaren Energien“ aufgrund fehlender Speichertechnologien, auf absehbare Zeit, keine Alternative ist.

Unter Einbeziehung der Stellungnahme der Stadtwerke München kann wie folgt informiert werden:

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist im politischen und gesellschaftlichen Konsens vor zehn Jahren beschlossen worden und gesetzlich klar geregelt. Das Atomgesetz erlaubt einen Leistungsbetrieb des Isar II und der weiteren noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke bis längstens 31.12.2022.

Da insbesondere in Bayern ein Engpass in der Stromversorgung befürchtet wurde, hat sich Oberbürgermeister Dieter Reiter in einem Schreiben an den Bundeskanzler, den Bundeswirtschaftsminister und die Bundesumweltministerin gewandt und darum gebeten, die Vorsorge für die Versorgungssicherheit in Bayern auszubauen.

Das Ergebnis eines zweiten Stresstests liegt inzwischen vor. Isar II soll demnach über den gesetzlichen Stilllegungstermin 31. Dezember 2022 hinaus für weitere vier Monate in einer Einsatzreserve für Atomkraftwerke gehalten werden, um bei Bedarf eine Stromproduktion abzurufen. Es liegt in der Zuständigkeit des Bundes, nun die rechtlichen Voraussetzungen und weitere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Im Hinblick auf die Versorgungssicherheit ist darauf hinzuweisen, dass derzeit mehr als die Hälfte der Atomkraftwerke in Frankreich aus verschiedenen Gründen seit Monaten nicht zur Verfügung stehen. Auch dies trägt zu einer Engpasssituation in der Stromversorgung in Süddeutschland bei.

Wirtschaftlich vorteilhafte Möglichkeiten zur Beteiligung an weiteren Atomkraftprojekten werden nicht gesehen.

Anhörungsrechte eines Bezirksausschusses sind nicht gegeben.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Manuel Pretzl, und der Verwaltungsbeirat für das Beteiligungsmanagement, Herr Stadtrat Sebastian Weisenburger, sowie die Antragstellerin, Frau Stadträtin Iris Wassill, und die Antragsteller, Herr Stadtrat Markus Walbrunn und Herr Stadtrat Daniel Stanke, haben jeweils einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Die Zuständigkeit zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für einen Weiterbetrieb von Isar2 liegt beim Bund.
Maßnahmen zur Einbeziehung von Atomkraft als Energiequelle in den SWM-Energie-mix werden aktuell nicht eingeleitet.
2. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02386 von der AfD-Stadtratsgruppe vom 13.02.2022 ist hier-mit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Clemens Baumgärtner
Berufsm. StR

- ## IV. Abdruck von I. mit III.
- über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

- V. **Wv. RAW - FB 5** (S:\FB5\SWM\3 Gremien\1 Stadt\1 Stadtrat\2 Antraege\AfD\2386_Beschluss_Stand
19.09.2022.odt)
zur weiteren Veranlassung.

Zu V.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. Per Hauspost
an die SWM – Strategie und Konzernsteuerung, Gesellschafterangelegenheiten
z.K.

Am



Antrag

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 13.02.2022

„Dümmste Energiepolitik der Welt“ beenden – München sagt: „Atomkraft – Ja, bitte!“

Der Stadtrat möge beschließen:

Angesichts explodierender Energiekosten sieht die Landeshauptstadt München die dringende Notwendigkeit, den durch Ideologie und Angst getriebenen Ausstieg aus der Kernkraft zu revidieren. Die Stadtwerke München werden aufgefordert, dauerhaft Atomkraft als Energiequelle in ihren Energiemix einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister fordert gegenüber der Bundesregierung und der Preussen Elektra GmbH, den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks „Isar 2“.

Begründung:

Die Energiekosten in Deutschland sind auf einem Höchstwert. Binnen eines Jahres kam es zu einer Teuerung um rund 35 %. Nirgendwo zahlen die Bürger so viel für ihren Strom wie in der Bundesrepublik. Was für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland einen ernstzunehmenden Wettbewerbsnachteil darstellt, ist für viele Menschen, gepaart mit steigenden Mieten und Inflation, existenzbedrohlich.

Das Problem ist hausgemacht. Nicht umsonst bezeichnete jüngst das Wall Street Journal Deutschlands neuesten Sonderweg, den ideologie-getriebene Ausstieg aus Kernkraft, Kohle und Öl, als die „dümmste Energiepolitik der Welt“.

Die Anerkennung der Atomkraft als nachhaltigen Energieträger durch die EU-Kommission, bietet nun jedoch auch dem sendungsbewusstesten „Klimaretter“ eine Gelegenheit zum gesichtswahrenden Ausstieg aus dem Kernenergie-Ausstieg. Diese Chance darf die Landeshauptstadt im sozialen Interesse der Bürger nicht verstreichen lassen.

Statt lediglich an den Symptomen herumzudoktern und die explodierenden Energie- und Heizkosten durch Unterstützungsleistungen für ausgewählte Gruppen Bedürftiger abzufedern, muss eine vernünftige Energiepolitik an die Wurzel des Problems gehen und für allgemein niedrigere Strompreise sorgen. Die Stadtwerke München sollen deshalb aufgefordert werden, dauerhaft Atomkraft als Energiequelle in ihren Energiemix einzubeziehen. Des Weiteren muss der Versuch unternommen werden, den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks „Isar 2“ zu gewährleisten.

Selbst wenn sich das Abschalten des AKW Isar 2 nicht mehr stoppen lassen sollte, ist der Zukauf von Atomstrom sowie Beteiligungen an AKW-Projekten, der SWM explizit zu gestatten.

Antrag



Oberste Priorität städtischer Energiepolitik muss die Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit kostengünstigem Strom für die Münchner Bürger sein. Idealerweise sollte selbige bei geringstmöglicher Abhängigkeit aus dem Ausland sichergestellt werden. Umweltfreundlich realisieren lässt sich eine solche Politik jedoch nur durch die grundlastfähige Kernenergie. Die unzuverlässige Stromversorgung durch die sogenannten „Erneuerbaren Energien“ ist hierfür, aufgrund fehlender Speichertechnologien, auf absehbare Zeit, keine Alternative.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat